



Berliner Polizeihistoriker

aktuell informativ historisch
Informationen für Mitglieder und Freunde des
Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.



Nr. 72
Juni 2021

Gedenken an den am 30. Januar 2021 verstorbenen
Polizeipräsidenten a. D. Klaus Hübner

Sehr geehrte Mitglieder und Freunde des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung e. V.

Corona bedingt konnten wir nicht wie gewohnt arbeiten. Es kam zu Verzögerungen in unserer Tätigkeit, wofür die Redaktion um Verständnis bittet.

Die außerordentliche Sonderausstellung „30 Jahre Gesamtberliner Polizei“ von Ute Novakovic konnte nicht, wie erwartet, zahlreich besucht werden, weil unsere Ausstellungenräume schon einen Monat nach Öffnung wieder schließen mussten. Allerdings konnten wir die Filme auf unsere Homepage einstellen, so dass sie jetzt dort dauerhaft angesehen werden können. Pandemiebedingt führte das zu unserer ersten digitalen Ausstellungsverversion. Live ist aber doch besser: seit einigen Tagen können Besucherinnen und Besucher unsere Sammlung wieder betreten. Führungen bis zu zehn Personen sind auch wieder erlaubt. Normalität ist in Sichtweite. In diesem Jahr soll in unseren Räumen noch eine Ausstellung in Kooperation mit der Charité über den Gerichtsmediziner

Otto Prokop durchgeführt werden. Die genauen Termine diktiert die Pandemie. Wir werden Sie informieren.

Durch diese Umstände bedingt, konnte auch der Vereinsvorstand seine Besprechungen nicht regelmäßig durchführen, so dass einige wichtige Aufgaben verschoben werden mussten. Mit dem jetzt vorliegenden Heft hatten wir schon Ende 2020 begonnen. Inzwischen sind weitere wichtige Themen aufgetaucht, über die wir informieren wollen. So wird die Behörde nicht mehr als „Polizeipräsident in Berlin“ bezeichnet, sondern neu als „Polizei Berlin“. Dadurch werden bisherige Irritationen im Sprachgebrauch vermieden.

Wir haben das aktuelle Heft dem verstorbenen Polizeipräsidenten a.D. Klaus Hübner gewidmet. Obwohl sein Tod am 30. Januar 2021 schon einige Zeit zurückliegt, wollen wir wegen der Lebensleistung dieses außerordentlichen Menschen

seinen Einsatz für Berlin gebührend würdigen. Das wird für uns noch bedeutsamer, weil dessen Witwe der Polizeihistorischen Sammlung den polizeilichen Nachlass ihres Mannes übergeben möchte, was uns zu besonderer Sorgfalt und Dank verpflichtet. Eine angemessene Würdigung von Herrn Hübner, der von 1969 bis 1987 unsere Behörde geleitet und teilweise bis heute geprägt hat, soll nach einer Sichtung und Erfassung der Schriften, Fotos und Exponate in der Dauer Ausstellung der Polizeihistorischen Sammlung repräsentativ erfolgen.

Auch Peter Kleinhans, unser ehemaliger Marktbeobachter, ist verstorben. Ein Beitrag erinnert an ihn.

Wir möchten darüber hinaus auf unsere Mitgliederversammlung hinweisen, in der ein neuer Vorstand zu wählen ist. Die Wahlversammlung findet unter freiem Himmel bzw. in den geöffneten Hallen der polizeihistorischen Fahrzeug- und Techniksammlung am Mittwoch, dem 14. Juli 2021, um 16 Uhr, in Lankwitz statt. Eine gesonderte Einla-

dung geht Ihnen rechtzeitig, zusammen mit den Vorschlägen für eine Satzungsänderung, zu.

Da unsere bisherigen Vereinsvorsitzenden, René Behrendt und Thilo Cablitz, aus persönlichen Gründen nicht erneut für diese Funktion kandidieren, haben sich mit Uwe Hundt und Andreas Giersch zwei Mitglieder bereit erklärt, sich der Wahl für diese wichtige ehrenamtliche Aufgabe zu stellen. Der Vorstand des Förderkreises begrüßt es sehr und wäre den Mitgliedern dankbar, wenn sie dem designierten Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden bei der Wahl ihr Vertrauen aussprechen.

Wir wünschen allen Mitgliedern und Freunden des Förderkreises viel Freude beim Lesen unseres Heftes und persönlich vor allem Gesundheit, damit wir uns am 14. Juli unbeschwert, und hoffentlich alle gegen Corona geimpft, wiedersehen.

Die Redaktion

Nachruf für PPr a.D. Klaus Hübner

Wir trauern um Herrn PPr a.D. Klaus Hübner, ausgezeichnet mit der Ernst-Reuter-Plakette (1989) für besondere Verdienste um ‚seine‘ Stadt Berlin, der in der Nacht zum 30. Januar 2021 im Alter von 96 Jahren verstorben ist.



Polizeipräsident a. D. Klaus Hübner, Foto: PhS

Klaus Hübner gehörte dem Förderkreis seit 27 Jahren an und fühlte sich dessen Aufgaben zum Ausbau sowie zur ideellen und materiellen Förderung der Polizeihistorie verpflichtet und bis zu seinem Tod eng verbunden.

In großer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem bemerkenswerten Menschen, dessen Wirken in der Publikation ‚Erlebte Polizeigeschichte‘ unter dem Titel „90 Jahre und kein bisschen leise“

anlässlich seines 90. Geburtstages im Juni 2014 durch den Förderkreis dokumentiert wurde.

Unsere Gedanken sind bei seiner Ehefrau Waltraud Hübner, seiner Tochter und seinen Söhnen.

Berlin, den 30. Januar 2021
Für den Förderkreis Polizei-
historische Sammlung Berlin e.V.

Der Vorstand

Würdigung

des am 30. Jan. 2021 verstorbenen Polizeipräsidenten a.D. Klaus Hübner

„Corona“ hat unser aller Leben in letzter Zeit gehörig durcheinandergebracht. Und so stellte sich für die Redaktion unserer Vereinszeitung die Frage, ob wir jetzt noch – fast ein halbes Jahr nach seinem Tod – einen Nachruf auf Klaus Hübner veröffentlichen sollten. Wegen seiner Verdienste und seiner langen Amtszeit haben wir uns dafür entschieden, auch deshalb, weil diese schwierige Zeit zu unserer Polizeigeschichte gehört. (Die Redaktion)

Es ist schon etwas Besonderes, wenn jemand 96 Jahre alt wird und dann auf ein erfolgreiches Leben zurückblicken kann. Klaus Hübner hat dies geschafft. Er war in zahlreichen Lebensstationen tätig, hat an vielen Stellen seine „Duftnote“ hinterlassen und kümmerte sich immer wieder um neue Projekte.

Als junger Mann des Jahrgangs 24 wurde er – wie Millionen

andere – zur Wehrmacht eingezogen und war dort Flieger, bis er 1949 zur Berliner Polizei kam. Hier interessierte ihn bald die Gewerkschaftsarbeit mit der Folge, dass er 1953 nach West-Deutschland ging,



Ehepaar Hübner, Foto: PhS

um dort die neue Stelle des Bundesgeschäftsführers der Gewerkschaft der Polizei zu übernehmen. Dort entdeckte er die „große Politik“ und ließ sich in den Deutschen Bundestag wählen, in dem er dann zwei Wahlperioden für die SPD tätig war.

Seine dortigen politischen Aktivitäten wurden auch in Berlin beobachtet und so war der Berliner Innen senator Kurt Neubauer der Meinung, Klaus Hübner könnte in der politisch turbulenten Stadt der geeignete Mann für die Spitze der Berliner Polizei sein. Er wurde vom Abgeordnetenhaus gewählt und trat am 14. Januar 1969 das Amt des „Polizeipräsidenten in Berlin“ an.

Klaus Hübner hat in dieser so aufgewühlten Zeit des alten West-Berlins mit der Spaltung der Stadt und des ganzen Landes Maßstäbe gesetzt. Es war die Zeit der RAF mit der Ermordung des Kammergerichtspräsidenten v. Drenkmann und der Entführung des CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz, der Hausbesetzungen aber auch der Kriminalität.

Unbeirrt davon ging er seinen Weg – trotz aller politischen Schwierigkeiten – veränderte 1974 mit der

Polizeireform nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich die gesamte Polizei (mit neuen Ausbildungskonzepten) bis hin zur Auflösung der Bereitschaftspolizei und Einführung der Kontaktbereichsbeamten.

Zu Klaus Hübner passte es aber auch, dass er nach seiner Abwahl im Berliner Abgeordnetenhaus darauf bestand, die Polizei genauso zu verlassen, wie er sie 18 Jahre zuvor betreten hatte, nämlich durch den Haupteingang. Hinter ihm lag die längste Amtszeit eines Polizeipräsidenten in Berlin.

Konsequenz bewies Klaus Hübner aber auch, als er nach 50 Jahren Mitgliedschaft aus der SPD austrat, weil er mit ihrer damaligen politischen Linie Schwierigkeiten hatte.

Außerhalb der Polizei wurde er dann noch Mitbegründer des „Weißen Rings“, der heute weithin bestehenden Hilfsorganisation zur Unterstützung von Opfern erlittener Straftaten.

Und weil Klaus Hübner bis ins hohe Alter aktiv blieb, hat der Förder-

kreis Polizeihistorische Sammlung e.V. zusammen mit der damaligen Polizeiführung am 19. Juni 2014 anlässlich seines 90. Geburtstages eine große Veranstaltung unter dem Motto: „90 Jahre und kein bisschen leise“ durchgeführt und eine grüne Broschüre darüber veröffentlicht.

• **Eine Straßenschlacht, die die Polizei gewinnt, hat die Demokratie verloren.**

• **Wer redet, wirft keine Steine.**

Diesen inhaltlichen Leitsätzen blieb Klaus Hübner bis zu seinem Lebensende treu.

Gern erinnern wir uns noch heute an folgende bedeutsame Aussprüche von Klaus Hübner, die seine Amtszeit prägten:

Gerhard Simke
Ehrenvorsitzender

Zum Tod von Klaus Hübner

Die Öffentlichkeitsarbeit hatte Klaus Hübner schon zu Beginn seiner Amtszeit als besonders notwendig erachtet und in seine Leitungstätigkeit integriert. Das, was heute überall selbstverständlich ist, war zu Beginn der 70er-Jahre noch ein Novum. Deshalb möchte an dieser Stelle unser ehemaliges Vorstandsmitglied, Horst Viehoeffe, einige Beispiele aus der Anfangszeit dieser wichtigen Arbeit aus persönlichem Erleben darlegen.

Klaus Hübner wollte die Polizei bürgernah führen. Deshalb beantwortete er besonders zur Zeit der vielen Hausbesetzungen jedes Schreiben von Bür-

gern. Bei berechtigten Beschwerden wurden diese von Klaus Hübner zu einem Gespräch eingeladen. Bei Führungen und durch Vorträge bekamen sie einen Blick hinter die polizeilichen Kulissen.

Klaus Hübner suchte die Kommunikation aber nicht nur mit dem Bürger. Im internen Bereich richtete er ein Beschwerdetelefon ein. Bei den monatlichen Veranstaltungen im Gästehaus der Berliner Polizei stellte er sich den Fragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort bei Tanz und Musik einen gemütlichen Abend verbringen konnten. Mit seinen rhetorischen Fä-

higkeiten verstand es Klaus Hübner, die Zuhörer zu fesseln.

Seine Mitarbeiter hatten es hingegen nicht immer leicht, denn er verlangte viel von ihnen ab. Zurückblickend sagt aber Horst Viehoefner heute, dass er sich gern an diese Zeit des konstruktiven und kreativen Arbeitens erinnert. (Die Redaktion)

Im Jahr 1974 bewarb ich mich um eine ausgeschriebene Stelle im neu gegründeten Informations- und Pressedienst (IPD) der Berliner Polizei. Im Rahmen eines Vorstellungsgesprächs stellte auch Polizeipräsident Klaus Hübner einige Fragen an mich. Es war der erste persönliche Kontakt mit ihm. Im Januar 1976 wurde ich als Angestellter für den Aufgabenbereich „Medien polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit“ eingestellt. Bisher hatte ich als Werbeingenieur mit dem Abschluss als Marketing-Assistent in der Werbeabteilung und Pressestelle eines Berliner Industriebetriebes gearbeitet.

Der im Rahmen der Polizeireform gegründete „Informations- und Pressedienst“, der dem Polizeiprä-

sidenten direkt unterstand, umfasste folgende Bereiche:

- Externe Öffentlichkeitsarbeit/Prävention
- Interne Öffentlichkeitsarbeit/Ghostwriting
- Besucherbetreuung/Veranstaltungen/Gästehaus/Protokoll
- Kriminalmuseum und Polizeimuseum
- Grafik
- Tonfilmstudio und Fotograf
- Polizeiorchester

Zusammengesetzt war der IPD aus Schutz-, Kriminal- und Verwaltungsbeamten sowie aus Angestellten.

Bis zu seinem Ausscheiden habe ich Klaus Hübner zugearbeitet. Alle Medien polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit gingen über meinen Tisch bzw. wurden von mir konzipiert. Vor Veröffentlichung bzw. Realisation mussten ihm die Konzepte, Entwürfe oder Programmanschläge für Veranstaltungen vorgelegt werden. Klaus Hübner sah nämlich interne und externe Öffentlichkeitsarbeit als Führungsaufgabe in seiner alleinigen Verantwortung. Einige Jahre unterstand

dem Polizeipräsidenten auch der Bereich Ordnungsaufgaben mit allen Zuständigkeiten, die auch in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen wurden.

Bei Zielgruppen-Veranstaltungen, die ich auch organisieren durfte, nahm er sich – ob Führungskräfte aus Wirtschaft, Industrie und Dienstleistungsgewerbe oder Schülervertreter, Kommunalpolitiker u. a. – immer Zeit für eine Diskussion bzw. zur Beantwortung von Fragen. Klaus Hübner wollte die Polizei bürgernah führen. Deshalb beantwortete er besonders zur Zeit der vielen Hausbesetzungen jedes Schreiben von Bürgern zu diesem Thema. Das bedeutet, dass er die Antwortschreiben autorisierte und unterschrieb.

Bürger, die Entscheidungen der Polizei zu Recht anfochten, sogenannte berechnigte Beschwerdeführer, wurden von ihm zu einem Gespräch eingeladen. Bei Führungen und durch Vorträge bekamen die Beschwerdeführer einen Blick hinter die polizeilichen Kulissen. Klaus Hübner suchte die Kommunikation aber nicht nur mit dem Bürger. Im internen Bereich richtete

er ein Beschwerdetelefon ein. Und bei monatlichen „Begegnungsveranstaltungen“ im Gästehaus der Polizei in Schulzendorf stellte er sich den Fragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort bei Musik und Tanz einen gemütlichen Abend verbringen konnten. Interne Informationsschriften ergänzten und erläuterten bestimmte Abläufe und Entscheidungen.

Klaus Hübner's offensive Öffentlichkeitsarbeit kam nicht bei allen Politikern gut an, besonders nicht bei denen der CDU. Diese kritisierten, dass der IPD umfangreicher als der der Senatskanzlei sei. Bei der Anzahl der Mitarbeiter zählte man einfach die Musiker des Polizeiorchesters Berlin mit. Es erfolgte daraufhin seitens der Innenverwaltung eine Untersuchung, woraufhin Stellen bzw. Aufgabenbereiche gestrichen oder ausgegliedert wurden. Aus dem bisherigen IPD wurden Stabsbereiche. Von allen Publikationen im Rahmen der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit musste danach je ein Exemplar den Mitgliedern des ISO-Ausschusses zugeschickt werden.

„Gefürchtet“ waren Klaus Hübner’s gutes Erinnerungsvermögen, seine Kommentare unter Vorgängen und die Momente, in denen er seinen Unmut zum Ausdruck brachte. Von seinen Exekutivbeamten erwartete er, dass sie auch bei Dienstgängen in zivil die Waffe bei sich hatten. Mit seinen rhetorischen Fähigkeiten verstand Klaus Hübner, seine Zuhörer „zu fesseln“. Und um immer „up to date“ zu sein, musste ihn bei Veranstaltungen meistens ein Mitarbeiter begleiten, der das sogenannte „PPR-Buch“ bei sich hatte. Dieses enthielt

viele Daten aus dem polizeilichen Alltag, aus dem Polizeihauhalt sowie aus Personalwesen usw., die sich regelmäßig änderten und mit denen man sich nicht den „Kopf voll machen“ musste.

Für einen PR-Mann wie mich war es mit und unter dem Polizeipräsidenten Klaus Hübner ein konstruktives und kreatives Arbeiten, an das ich mich auch heute noch gerne erinnere.

Horst Viehhofer

Nachruf für Peter Kleinhans

Drei Tage vor seinem 81. Geburtstag verstarb am 11. Januar 2021 unser langjähriges Mitglied Peter Kleinhans. Er gehörte dem Förderkreis seit fast 30 Jahren an und wirkte mit großem Engagement über zwei Jahrzehnte als Marktbeobachter im Vorstand mit. Als Kriminalbeamter begeisterte sich Peter Kleinhans für die Polizei. Wer ihn kannte oder begegnete bemerkte schnell, wie stolz er darauf war, Polizist zu sein und sich für das Polzeimuseum einzubringen.



**Peter Kleinhans in unserer Ausstellung,
Foto: PhS**

Stets hörte man ihm sagen, dass, wenn es die Polizei nicht geben

würde, diese für ihn hätte erfunden werden müssen.

Mit Peter Kleinhans, der als Kriminalhauptkommissar im Jahr 2000 in den Ruhestand wechselte, ging ein liebenswerter Mensch und ein ausgewiesener Experte der Polizeihistorie von uns. Seine fachliche Expertise, die er beim Ankauf und bei der Bewertung von Exponaten einbrachte, genoss in der Polizei Berlin, vor allem bei der Leitung der Polizeihistorischen Sammlung, hohe Anerkennung. Es verwundert nicht, dass Peter Kleinhans nicht nur für unseren Förderkreis, sondern auch für die Behörde ein nicht verzichtbarer Berater war, vornehmlich für Dr. Bärbel Fest und deren Nachfolger Dr. Jens Dobler.

In Erinnerung an den Verstorbenen und dessen Lebensgefährtin Karin Wolff, mit der er im Juli dieses Jahres dreißig Jahre verbunden gewesen wäre, und die von Beginn an großes Verständnis für dessen Verbundenheit zur Polizei und zur Polizeigeschichte aufbrachte und mit ihm zunehmend die Leidenschaft teilte, veröffentlichen wir einen von ihm vor mehr als zehn Jahren noch

auf der Schreibmaschine verfassten Text, in dem er seine ehrenamtliche Tätigkeit als Marktbeobachter beschrieb, der postum an das Wirken Peter Kleinhans' anerkennend erinnert.

René Behrendt

Der Marktbeobachter

Wegen meiner Kenntnisse zur Uniformierung der Polizei wurde ich, noch während meiner Dienstzeit, 1992 in die Historische Kommission des Herrn Polizeipräsidenten Schertz aufgenommen; sie besteht heute nicht mehr.

Aus den ersten fachlichen Unterstützungen entwickelte sich die Marktbeobachtung, d.h. auf Ausstellungen, Börsen, Antiquitäten- aber auch Trödelmärkten, Exponate zur Aufnahme in die Sammlung zu suchen und zu finden.

Die Auktionskataloge der einzelnen Anbieter wertere ich regelmäßig aus; Ebay nur gelegentlich, habe dort schlechte Erfahrungen gesammelt. Es wird auf dem Gebiet Militaria/ Historica alles nachgemacht, vieles davon sehr gut, eine Kopie muss für mich immer den Preis einer Kopie haben. Dazu genug...

Im Laufe der Zeit hat sich daraus ein breites Netzwerk entwickelt, von einer Vielzahl von Sammlern und Händlern national aber auch international. Vorrangig aber zum DHM (Anm. d. Red.: Deutsches Historisches Museum), dem Museum für Kommunikation, also dem „Postmuseum“, dem Landesarchiv Berlin, zu verschiedenen Bezirksmuseen, dem Militärwissenschaftlichen Institut in Potsdam, dem Bayerischen Armeemuseum, aber auch zum Kostümstudio in Babelsberg und der Berliner Theaterkunst. Bei allen Letztgenannten haben die persönlichen Ansprechpartner eine hohe Professionalität.

Ach, die Staatsanwaltschaft habe ich vergessen. Durch die engen, beruflichen Verbindungen zur StA KG, wurde mir ein Ansprechpartner bei der StA LG benannt, über den ich einen Polizeiführerdegen aus der Zeit des Nationalsozialismus, der von einem rechtslastigen Täter zur Körperverletzung benutzt wurde, vor seiner Vernichtung, für unsere Sammlung retten konnte. (Anm. d. Red.: KG = Kammergericht / LG = Landgericht)

Ich greife mal auf herausragendere, von mir beschaffte Objekte zurück.

Den erworbenen Helm M 1850 habe ich in den vielen Jahren nie in einem Museum oder einer anderen Sammlung gesehen. Der Offiziershelm M 1843, den wir als Replik in der Sammlung hatten, wurde uns von dritter Stelle benannt und in Hamburg zu einem akzeptablen Preis angeboten. Über einen Sammler in Hamburg, der auch Fachbuchautor war, hatte ich die Seriosität des Anbieters und die Echtheit des Helms prüfen lassen. Auf sein o.k. holte unser Vorsitzender, unter Begleichung der Rechnung, den Helm persönlich ab, um ihn in einer Festveranstaltung dem PPr zu übereignen.



Helm M 1850, Foto: PhS

Es könnte sich um das einzige, noch vorhandene Berliner Exemplar handeln.

Zur Figur für diesen Helm hatte ich eine Gewandmeisterei in Gotha ermittelt, Babelsberg und Theaterkunst waren zu teuer, um den fehlenden, zeitgenössischen Rock anfertigen zu lassen. Der noch fehlende Degen konnte in einer Auktion ersteigert werden.

Die vielen anderen Objekte, die ich im Lauf der Jahre beschaffen konnte, aufzuzählen, würden den Rahmen dieses Vortrages sprengen.

Nicht zu übersehen ist natürlich der Polizeireiter in der Eingangshalle, den ich gemeinsam mit einem Kompetenzteam, einem Schlosser und einem pensionierten Polizeireiter, errichtet habe.

Auf Wunsch konnte ich eine studierte Kunstmalerin ermitteln und gewinnen, welche die meisterhaften Ölbilder der Polizeipräsidenten Gruner und Stubenrauch geschaffen hat, sowie die von Herrn Schertz gestifteten Ölbilder vom alten Polizeipräsidium am Molkenmarkt und das Bild mit dem Lebenswerk Hinckeldeys. (Anm. d. Red.: Gruner = Karl Justus

Gruner (ab 1815 von Gruner), erster Polizeipräsident von Berlin ab 1809 / Stubenrauch = Ernst Leberecht Hugo Georg Colmar von Stubenrauch, Polizeipräsident in Berlin ab 1808 / Hinckeldey = Karl Ludwig Friedrich von Hinckeldey, Polizeipräsident von Berlin ab 1848)



PPr Karl Ludwig Friedrich v.Hinckeldey,

Foto: PhS

Die Malerin ist eine Landschafts- und Aktmalerin, deshalb wurden die vorstehend genannten Bilder von mir intensiv uniform- und ordenskundlich begleitet.

Auf Wunsch des Vorstandes habe ich eine bebilderte, historische Synopse zur Geschichte des Tschakos angefer-

tigt, wie man mir sagte, verkauft sie sich gut.

Unsere Sammlung ist im Laufe der Jahre, im Vergleich mit anderen Museen, sehr gut aufgestellt.

Auf Anhieb fällt mir keine besondere Lücke ein, die zu füllen wäre. Mein Augenmerk auf den Börsen gilt daher auch vermehrt der Literatur und zeitgenössischen Abbildungen. Auch hier konnten verschollen geglaubte Druckerzeugnisse für die Sammlung erworben werden, aber auch spezielle Neuerscheinungen.

Bei dem ansteigenden Trend zur

Nachahmung, also zur Fälschung, als echt werden diese Objekte angeboten, versuche ich Schaden von unserer Sammlung fernzuhalten.

Dann sind da noch die Auskunftsersuchen von außen an die Sammlung gerichtet, die von mir fachlich genauso unterstützt werden, wie der „Polizeihistoriker“ mit Artikeln und Fotos. Das sollte als kurzer Abriss über meine ehrenamtliche Tätigkeit genügen.

Abschrift eines von Peter Kleinhans an den Vorsitzenden gerichteten Schreibens vom 9. November 2010

30 Jahre Räumung der Mainzer Straße

War die Räumung der Mainzer Straße eine Schlacht, die die Demokratie verloren hat, um an Klaus Hübners berühmten Worten anzuknöpfen? Vor 30 Jahren im November 1990 wurden die besetzten Häuser in der Mainzer Straße im Bezirk Friedrichshain geräumt. Noch ein runder Geburtstag, der letztes Jahr wegen der Coronapandemie fast unterging. Es war der erste große Einsatz der West-Berliner, nun Gesamtberliner Polizei, auf dem Territorium im Osten.

Das Ungewöhnliche dieses Jahrestages und der schon seit ein paar

Jahren laufenden Aufarbeitung ist es, dass die Stimmen der Polizei mit dabei sind. Das liegt an einem Forschungsprojekt zur Gesamtgeschichte der Mainzer Straße durch das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Freien Universität. Auf der Homepage <https://mainzerstrasse.berlin/> haben Studierende des Public History Master-Studienganges Fotos, Interviews und Zeitzeugenberichte über die Mainzer Straße zusammengetragen, darunter auch ein Interview mit Hartmut Moldenhauer, ein Foto unseres Dioramas über die Räumung wird gezeigt

und an vielen Stellen wird Archivmaterial zitiert, das die Studierenden bei uns eingesehen hatten. Schon vor ein paar Jahren, zum 25. Jahrestag der Räumung, war ich mit Hartmut Moldenhauer zu einer Diskussionsveranstaltung mit ehemaligen Hausbesetzern in Friedrichshain und man hatte sich nicht die Köpfe eingeschlagen, sondern sich gegenseitig zugehört. Im Herbst letzten Jahres besuchte uns eine Gruppe ehemaliger Besetzer, um das Diorama zu besichtigen. „Gefachsimpelt“ wurde über das Katapult, das im hinteren Raum hängt und aus der Mainzer Straße stammen soll. Die Besetzer konnten das nicht ausschließen, zweifelten aber die Funktionsfähig-

keit an. Aktuell zum 30. Jahrestag der Räumung hat die Uni-Gruppe das Buch „Traum und Trauma – die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße 1990 in Ost-Berlin“ (Ch. Links Verlag: ISBN 978-3-96289-104-6) herausgegeben. Hier ist neben Hartmut Moldenhauer auch der ehemalige Polizeipräsident Georg Schertz mit einem Aufsatz vertreten.

Wir haben Karl-Heinz Godolt gebeten, über seine Eindrücke der Räumung zu berichten. Er bringt eine Perspektive ein, die meist untergeht: die Versorgung und Verpflegung der Dienstkräfte während derartiger Einsätze.

Jens Dobler

Mainzer Straße – Ein persönlicher Rückblick

Geschrieben von Karl-Heinz Godolt, von November 1980 bis Mai 1996 Zugführer, stellvertretender Bereitschaftsführer und Bereitschaftsführer in der Einsatzabteilung 5 und Hundertschaftsführer in der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung

Für altgediente Schutzleute, aktiv oder im Ruhestand, gibt es Straßennamen, bei deren Nennung sich fast augenblicklich das „Kopfkino“ ein-

schaltet, Namen wie Heinrichplatz, Kotti, Lausitzer Platz, aber auch Pfarrstraße, Liebigstraße, Rigaer Straße und ganz besonders Mainzer Straße.

Zwangsläufig hat man wieder die Bilder von heftigen Kämpfen mit Hausbesetzern und deren Sympathisanten vor Augen, und man hört förmlich wie Steine gegen die Grukwrasseln. Eine Sonderstellung nimmt dabei ganz sicher das gesamte Ge-

schehen rund um die Mainzer Straße ein.

Nach dem Fall der Mauer haben größere Gruppen von Hausbesetzern sehr bald im Ostteil der Stadt neue Objekte gesucht, denn in Kreuzberg wurde es für die Szene durch ständige polizeiliche Maßnahmen langsam ungemütlich. So war es dann auch wenig verwunderlich, dass es besonders in Friedrichshain und Lichtenberg schon eine gefestigte Hausbesetzerszene gab, übrigens teilweise auch durch rechte Gruppen, als am 1. Oktober 1990 die Polizeihohheit für die Ost-Berliner Bezirke auf den Polizeipräsidenten in Berlin überging.

Die Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Gruppen der Hausbesetzer wurden teils heftig und gewalttätig geführt, so dass es am 12. November 1990 nötig wurde, besetzte Häuser in Lichtenberg zu räumen. Das wurde von den Gruppen in der Mainzer Straße so



Massiver Polizeieinsatz am 13. November 1990, Foto: PhS

interpretiert, dass sie als nächste dran sein könnten.

Die Geschehnisse vom 12. bis 14. November rund um die Mainzer Straße wurden in den vergangenen 30 Jahren oft diskutiert und analysiert. Es würde diesen Beitrag unververtretbar aufblähen, den gesamten Einsatzablauf darzustellen. Deswegen will ich nur einige Punkte nennen, die mir besonders im Gedächtnis geblieben sind.

Die Räumung am 14. November war von einer unglaublichen Gewalttätigkeit der Besetzer geprägt, wobei von den Dächern alles auf die Einsatzkräfte geworfen wurde, was nur irgendwie als Wurfge-

schoß geeignet war, bis hin zu Schornsteinteilen. Mit Nägeln gespickte Falltüren sollten das Vordringen der Einsatzkräfte in die Häuser verhindern usw. Ich war sicherlich nicht der Einzige, der zeitweise befürchtete, dass wir diesen Einsatz nicht erfolgreich beenden könnten.

Nachdem mir in den frühen Vormittagsstunden eine Wasserwerfer-Staffel mit drei WaWe 9 aus Schleswig-Holstein unterstellt worden war, gelang es den Kräften, die Hindernisse von der Boxhagener Straße her zu überwinden. Damit wurde deutlich, welch hohen Einsatzwert Wasserwerfer haben können.

Entgegen allen Planungen ist es den eingesetzten SEK, aus welchen Gründen auch immer, nicht gelungen, alle angetroffenen Personen in den jeweiligen Räumen zu binden, so dass es im Nachhinein in den meisten Fällen nicht möglich war, gerichtsfest zu beweisen, wer von den Besetzern welche Straftaten begangen hat. Die Ausbeute an Verurteilungen war also sehr gering.



Chaotische Zustände nach dem Einsatz,
Foto: PhS

Der Einsatz zog sich den ganzen Tag hin und stellte für die eingesetzten Kräfte eine hohe physische und psychische Belastung dar. Wie jeder weiß, der jemals an solchen Einsätzen beteiligt war, kommt der Versorgung der Einheiten eine wichtige Bedeutung zu, Stichwort: „Ohne Mampf kein Kampf“. Ein im

bundesweiten Vergleich sehr niedriger Verpflegungssatz führte allerdings dazu, dass besonders die Kaltverpflegung in Berlin teilweise nur als Zumutung bezeichnet werden konnte. Und so kam es, dass am Abend des 14. Novem-



Foto vom Diorama der Mainzer Straße, Foto: PhS

ber benachbarte Kräfte aus Niedersachsen von ihrem Versorger mit einem für unsere damaligen Verhältnisse üppigen Büffet verpflegt wurden. Wir bekamen stattdessen unseren Standard geliefert:

- Eingeschweißtes Kommissbrot (einzelne Scheiben abzulösen gelang selten),
- eine Tube Margarine,
- eine Büchse Tulip-Frühstücksfleisch,
- ein Schälchen Schmelzkäse.

Der Zorn der Kräfte der Einsatzabteilung 5 über diese Geringschätzung unserer Leistungen war so groß, dass wir vier Bereitschaftsführer unserem Abteilungsleiter deutlich ge-

macht haben, dass wir diese Kaltverpflegung in Müllsäcken pressewirksam vor dem Gebäude des Polizeipräsidiums ablegen würden. Diese Ankündigung führte dazu, dass nach erstaunlich kurzer Zeit für die Berliner Einheiten eine warme Suppe geliefert wurde. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde die jämmerliche Kaltverpflegung nie wieder ausgegeben. Natürlich hat uns die Mainzer Straße noch einige Zeit beschäftigt, bis sichergestellt war, dass durch laufende Bauarbeiten eine Wiederbesetzung verhindert werden konnte.

Karl-Heinz Godolt

Flughafensicherheit in Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof



Ansicht des Flughafens Berlin – Tegel, Foto: CC-BY-SA-3.0, User: simisa

In der letzten Ausgabe des Historikers haben wir einen Artikel über das Betriebschutzamt Flughafen Berlin-Schönefeld veröffentlicht. Daran anknüpfend informieren wir heute auf der Grundlage vorliegender historischer Dokumente über die polizeiliche Sicherung an und auf den ehemaligen Flughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof. Dabei steht das Jahr 1990 besonders im Mittelpunkt.

Wie auf allen Flughäfen der Welt hat die Flughafen- und Luftsicherheit höchste Priorität, so auch in Berlin. Als im Jahr 1990 nach der Herstellung der Deutschen Einheit dieses Problem für alle Berliner Flughäfen neu zu justieren war, haben zuständige Entscheidungsträger des Bundes, der noch existierenden DDR und des Berliner Senats innerhalb einer AG Luftsicherheit gemeinsam

beraten, um zukunfts sichere Lösungen herauszuarbeiten. Die Voraussetzungen dafür waren nicht schlecht, weil an allen Standorten bereits Polizeieinheiten vorhanden waren und ihre Effizienz bewiesen hatten.

Vorbehaltlich der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten war z.B. auf dem Flughafen Berlin-Tegel der Passkontroll- und Sicherungsdienst (PKSD) der Polizei Berlin im Rahmen der deutschen Gesetzgebung tätig. Dieser unterstand der Polizeidirektion 1 als selbständigem Abschnitt. Weil der Flughafen in einen militärischen Teil (nichtkonzedierte Zone) und einen zivilen Teil (konzedierte Zone) gegliedert war, hatte der Flughafenkommandant der französischen Luftwaffe das volle Weisungsrecht auch gegenüber dem

PKSD Tegel der Berliner Polizei. Außerdem konnten in der konzedierten Zone, die für die Zivilluftfahrt genutzt wurde, auch der „Berater für Öffentliche Sicherheit der Gouvernement Militaire Francais de Berlin (G. M. F. B.)“ bzw. der „Sicherheitsberater Flughafen“ der G. M. F. B. der eingesetzten deutschen Polizei in Sicherheitsfragen Weisungen erteilen. Daher war der Leiter der Polizeidirektion 1 zugleich als Polizeigruppenkommandeur des französischen Sektors und Gruppenkommandeur Nord tätig.

Allein schon wegen dieser alliierten Sonderrechte waren verständlicherweise zahlreiche Abstimmungsfragen notwendig, um alle Interessen zu berücksichtigen. Demnach hatte sich offensichtlich eine direkte Unterstellung des PKSD Tegel unter das Polizeipräsidium Berlin nicht als praktikabel erwiesen. Weil aber die Direktion 1 und die Landespolizeidirektion ebenfalls dem PKSD übergeordnet waren, verlängerte sich dadurch die Entscheidungskette innerhalb der Polizei Berlin.

Zur Erfüllung der täglichen Aufgaben bei der Abwehr von äußeren Gefahren für den Luftverkehr, den Passkontrollaufgaben sowie der Auf-

rechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit standen in Tegel folgende Kräfte zur Verfügung:

- vier Dienstgruppen der Schutzpolizei im Vierteldienst mit einer Stärke von je neun Beamten und
- drei Dienstgruppen der Wachpolizei mit 39 Angestellten.

Dafür hatte die Schutzpolizei im Tagesdienst vier Fußstreifen und zwei motorisierte Streifen mit insgesamt 20 Bediensteten zu stellen. Für den Tagesdienst der Wachpolizei waren 60 Angestellte im Einsatz.

Zusätzlich handelten für die Fluggastkontrollen je drei Schichten des Deutschen Schutz- und Wachdienstes (DSW) mit je 95 Fluggastkontrolleuren. Ergänzt wurden diese Sicherheitsmaßnahmen mit Kräften des Sicherheits- und Ordnungsdienstes der Berliner Flughafengesellschaft (BFG) rund um die Uhr mit 72 Angestellten pro Schicht. Dem PKSD Tegel waren im Unterschied zum Flughafen Berlin-Schönefeld zum damaligen Zeitpunkt keine selbständige Antiterrorereinheit und keine eigenen Kriminalbeamten unterstellt. Auch die Flughafen-Feuerwehr gehörte nicht zur Struktur.

Zusammengefasst standen dem PKSD Tegel rund 160 eigene Bedienstete so-

wie ca. 210 unterstellte DSW-Kräfte und ca. 115 zugeteilte Mitarbeiter der BFG für die verschiedensten Sicherungsaufgaben zur Verfügung. Mit diesem umfangreichen Personal wurden auf dem Flughafen Tegel bei täglich ca. 19.000 Flugpassagieren und etwa 280 bis 300 Flugbewegungen die anstehenden Sicherungs-



Flughafen Tempelhof, Foto: U.S. Air Force, gemeinfrei

aufgaben erfolgreich gemeistert. Das war allein schon wegen der dezentralen Abfertigung an 17 selbständigen Flugsteigen nicht leicht. Im Jahr 1989 erreichte der Flughafen Tegel mit ca. 5,9 Mill. Fluggästen seine Belastungsgrenze, was die gleichzeitig damit gestiegenen Anforderungen zum Schutz des Flughafens verdeutlicht. Nach der Herstellung der Deutschen Einheit waren diese Aufgaben in Tegel nicht einfacher geworden. Obwohl der Flughafen Berlin-Schönefeld zur Entlastung von Tegel offenblieb und zahlreiche Flugbewegungen dorthin verlagert wurden, blieb die Lage angespannt.

Der dritte Berliner Flughafen, Berlin-Tempelhof, hatte für den zivilen Luft-

Luftverkehr im Jahr 1990 nur eine geringe Bedeutung. Dort wurde vor allem der militärische Teil durch die amerikanischen Streitkräfte genutzt. Dafür bestanden ähnliche Verantwortlichkeiten der amerikanischen Alliierten, wie in Tegel. Im zivilen Flugverkehr waren dort im Jahr 1989 nur etwa 52.000 Reisende abgefertigt worden. Allerdings sind diese vor allem innerdeutschen Flugbewegungen bereits im ersten Halbjahr 1990 mit gewachsener Tendenz auf ca. 40.000 Passagiere angestiegen.

Für dieses Anforderungsprofil war über die Direktion 5 dem damaligen Abschnitt 51 ein Passkontrolldienst (PKD) der Polizei Berlin unterstellt worden. Im Vierteldienst waren da-

für nur drei Beamte vorgesehen. Zum PKD Tempelhof gehörten insgesamt ein Beamter im gehobenen Dienst und zwölf Beamte im mittleren Dienst. Ihre Aufgaben entsprachen in verkürzter Form den analogen Inhalten der Polizei Berlin am Flughafen Tegel.

Wie man aus aktuellen Presseveröffentlichungen entnehmen kann, ist inzwischen die Bundespolizei für die Sicherheit auf dem endlich fertiggestellten neuen Flughafen BER zuständig. Dort arbeitet seit kurzem unter Leitung von René Kexel eine Bundespolizei-Inspektion mit 1.200 Beamten, um die umfangreicheren Aufgaben an diesem Hauptstadtflughafen zu erfüllen.

Bei Hochbetrieb wird auf dem BER künftig mit ca. 24 Millionen Reisenden gerechnet, für die im Terminal 1 und 2 allein für die Abflüge bis zu 44 Kontrollspuren zur Verfügung stehen. Das größere Flugplatzgelände, die gewachsene Zahl an Gebäuden und zu sichernden Einrichtungen stellen an das Sicherungspersonal erhöhte Anforderungen, die über das hinausgehen, was in Tegel zu leisten war. Dafür konnten auf dem BER die Dienst- und Le-

bensbedingungen der Bundespolizei und andere Voraussetzungen materiell-technisch deutlich verbessert werden.

Ergänzend zu den Verantwortlichkeiten der Bundespolizei ist die Brandenburger Landespolizei ebenfalls am Flughafen BER tätig. Sie handelt dort vor allem im Außenbereich, z.B. bei Verkehrsunfällen, Diebstählen und anderen landespolizeilichen Aufgaben.

Die umfangreiche Erfüllung von Sicherungsaufgaben an den Berliner Flughäfen ist nach der Schließung von Tegel für die Polizei Berlin inzwischen Geschichte. In unserer Arbeit werden wir die inzwischen beendete Tätigkeit der Berliner Polizei zur Flughafensicherheit weiterhin im Auge behalten. Dafür sind uns schon zahlreiche Originaldokumente zur Verfügung gestellt worden. Wir würden uns freuen, wenn weitere ehemalige Angehörige der Polizei Berlin uns Zeitzeugenberichte über selbst Erlebtes zum Schutz der Flughäfen in Berlin zusenden und sich damit an der historischen Aufarbeitung dieses Kapitels der Polizeiarbeit beteiligen.

Hans-Jürgen Gräfe

Die Bahn- und Transportpolizei in Berlin

Seit Beginn des Eisenbahnwesens gab es zu allen Zeiten in Deutschland eine separate Bahnpolizei, die zum Schutz der Anlagen und Einrichtungen dieses wichtigen Transportmittels eingesetzt war und ist. erinnert sei u.a. an die zu Beginn des Ersten Weltkrieges gebildeten militärisch organisierten Bahnschutzgruppen, die später von den Nationalsozialisten in die Kriegsführung einbezogen wurden. Jede Reichsbahndirektion unterhielt damals eine Bahnschutzabteilung und eine Bahnschutzgruppe.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auf diesen Erfahrungen aufbauend in der Sowjetischen Besatzungszone und nachfolgend in der DDR die Bahnpolizei neu aufgebaut und später in die Transportpolizei umgewandelt. Die Besonderheit in Berlin bestand darin, dass durch gemeinsame Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates das Gebiet der Deutschen Reichsbahn in Gesamt-Berlin der Sowjetischen Militärregierung übertra-



Zugkontrolle, www.Transportpolizei.de / IG VEB Schwellenschutz / Foto Ingo Moschall

gen wurde, die ihrerseits später der DDR die Verantwortung dafür weitergab. Das führte wegen des besonderen Status' von West-Berlin immer wieder zu erheblichen Spannungen, weil dieses Reichsbahn-Eigentum auf dem Territorium des Westteils der Stadt durch eine eigene DDR-Bahnpolizei geschützt wurde.

Bereits am 5. Juni 1945 hatten die Alliierten zugestimmt, dass deutsche zivile Polizeibehörden aufgestellt werden dürfen. Parallel zu den Strukturen der Deutschen Reichsbahn (DR) wurde nach 1945 überall in Ostdeutschland auch die Bahnpolizei

reorganisiert und zeitweise in eine Abteilung „Eisenbahn- und Wasserpolizei“ umgewandelt. Die juristisch fixierte Grundlage ihres Handelns bildeten die §§ 75-81 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 17. Juli 1928, nach der auch Eisenbahner als Hilfspolizisten eingesetzt werden durften.

1949 sind dann die Hauptabteilung Transportpolizei in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) und die Transportpolizeiämter (TPA) bei den Reichsbahndirektionen geschaffen worden. Das war die Geburtsstunde des TPA Berlin, das in der Magazinstraße untergebracht war. Zu ihm gehörten im Ostteil der Stadt vier Transportpolizei-Reviere, denen vor allem die Bahnhöfe Friedrichstraße, Lichtenberg, Rummelsburg und der Ostbahnhof zugeordnet waren. Über eine eigenständige Transportpolizeikompanie zum besonderen Schutz von Brücken, Unterführungen und anderen Anlagen verfügte das TPA Berlin nicht. Bestandteile seiner Struktur waren darüber hinaus Zugbegleitkommandos (ZBK) und Abschnittsbevollmächtigte ABV(T) sowie eine leistungs-

starke Kriminalpolizei. Besondere Bedeutung kam der sogenannten Speziko, der Spezialkommission der Tra-po-Kriminalpolizei, zu, die bei schweren Vorkommnissen, Unfällen, Betriebsstörungen und Straftaten auf dem Reichsbahngebiet eigenständig zu ermitteln hatte. Das TPA Berlin war dem Präsidenten der Volkspolizei Berlin direkt unterstellt und mit einer VP-Inspektion vergleichbar. Dort waren über 640 Transportpolizisten tätig. Sie unterschieden sich äußerlich durch ihre dunkelblaue Uniform von den grün gekleideten Kollegen der Volkspolizei aus anderen Dienstzweigen.

Die Transportpolizei (kurz TRAPO genannt) sorgte zwischen 1945 und 1990 in der DDR und damit auch in Ost-Berlin im Auftrag der Deutschen Reichsbahn für Ordnung und Sicherheit. Sie überwachte und kontrollierte hauptsächlich das Schienennetz, die Bahnanlagen, Bahnhöfe und Bahnbetriebswerke, handelte als Transportbegleiter, sicherte den Transitverkehr ab und fahndete nach gesuchten Personen. Dadurch erfüllte sie ihre spezifische Verantwortung für die Eisenbahner



**Hinweise zur Bahnsicherheit,
www.Transportpolizei.de / IG VEB Schwellen-
schutz / Foto Ingo Moschall**

und die Sicherheit bei der Personenbeförderung und den Transport von Gütern, wobei der Schutz besonders wichtiger Transporte für die Industrie und den Export/Import immer stärker im Mittelpunkt stand. Auch das Militärtransportwesen wurde unterstützt.

Erhöhte Aufmerksamkeit wurde durch die TRAPO zudem in Berlin auf die Sicherung der geschlossenen U- und S-Bahnhöfe unter dem Territorium der DDR sowie die Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte am Bahnhof Friedrichstraße gerichtet. Außerdem war sie beim Mauerbau am 13. August 1961 auf dem Gelände der Deutschen

Reichsbahn beteiligt, um die Bauzüge der Deutschen Reichsbahn bei der Kapung der Schienenwege rund um Berlin zu sichern.

Besonders schwierig gestaltete sich immer wieder der Dienst, den die Wachtmeister und Offiziere der Bahn- und Transportpolizei auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin zu versehen hatten. Dafür war das TPA

II mit Sitz im Berliner Nordbahnhof zuständig. Diese Dienststelle entstand wegen ihrer Bedeutung direkt dem Ministerium des Innern der DDR.

Fast täglich gab es damals Angriffe auf Bahnpolizisten und die dort arbeitenden Eisenbahner. Besonders nach dem 13. August 1961 wurde der Dienst zum Schutz der Bahnanlagen so gefährlich, dass die eingesetzten DDR-Sicherungskräfte aus West-Berlin abberufen werden mussten. Auch der Einsatz einer neugegründeten Bahnpolizei der Deutschen Reichsbahn, die nur aus Eisenbahnern bestand, die ausschließlich ihren Wohnsitz in West-Berlin hat-

ten, brachte keine Fortschritte, so dass sich die Westalliierten schlichtend einschalten mussten.

Spannende Details über diese Auseinandersetzungen kann man in dem Buch von Burghard Ciesla „Als der Osten durch den Westen fuhr“, Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien, 2006, erfahren.

Die Streitigkeiten mündeten in einem West-Berliner S-Bahn-Boycott, bei dem die Bevölkerung im Westteil Berlins angehalten wurde, die Benutzung der S-Bahn zu vermeiden. Parallel fahrende Busse sollten diesen Schritt erleichtern. Dadurch wurde sicher nicht nur der Deutschen Reichsbahn und den Berliner Verkehrsbetrieben ein unermesslicher Schaden zugefügt, sondern auch der West-Berliner Bevölkerung, die auf den preisgünstigen S-Bahnverkehr verzichten sollte.

Wie auf anderen Gebieten hatte die politische Teilung Berlins negative Auswirkungen auf das Leben in beiden Hälften der Stadt, so auch auf den Schienenverkehr. Trotzdem haben die Bahn- und Transportpolizisten in Ost- und West-Berlin ihr

Möglichstes getan, um den Eisenbahn- und S-Bahnverkehr unter komplizierten Bedingungen ohne größere Beeinträchtigungen zu gewährleisten.

Seit 1990 nimmt auf der Rechtsgrundlage des Bundespolizeigesetzes (BPolG) die Bundespolizei viele spezialpolizeiliche Aufgaben, u.a. auch der Bahnpolizei, wahr.

Hans-Jürgen Gräfe



Ein Fahrzeug schreibt Geschichte: Hanomag Gruppenkraftwagen

Die Firma Hanomag (Hannoversche Maschinenbau AG) trat bereits im 19. Jahrhundert in Erscheinung und schuf sich zu jener Zeit mit der Produktion von Dampf-Lokomotiven einen Namen. Bereits sehr früh spezialisierte sich die Firma auf die

Produktion schwerer Straßenfahrzeuge, baute besonders in den 1930er-Jahren Lastkraftwagen und Zugmaschinen in beträchtlicher Stückzahl und durchlief eine ganze Reihe turbulenter Fusionen, bevor die Traditionsmarke 1974 von Massey-Ferguson übernommen wurde.

Unter den Kraftfahrzeugen des damaligen Bundesgrenzschutzes (BGS) und der Bereitschaftspolizeien der Länder besitzt der Gruppenkraftwagen (Grukw) eine besondere Bedeutung. Bereits der erste Sonderaufbau, den der BGS für ein handelsübliches Fahrgestell entwickeln ließ,



Gruppenkraftwagen ab 1954, Foto: Bernd Maas

war der Hanomag L28. Dieser Grukw wurde als Erstausrüstung ebenfalls bei den neugegründeten Bereitschaftspolizeien der Länder nach 1952 eingeführt, auch in Berlin. Mit seinen 40 PS war der Grukw nicht der ‚Schnellste‘ aber ein zuverlässiges Fahrzeug. Schnell wurde der Spitzname „Wanne“ aus den 1930er-Jahren übernommen. Bis zur Aussonderung im Jahr 1964 leistete der Hanomag seinen Dienst im Bereich der Bereitschaftspolizeiabteilungen Lankwitz, Kruppstraße und Schulzendorf.

Im Jahr 1963 wurden die ersten Fahrgestelle für die nachfolgende Gene-



Grukw Hanomag bei der 1. Abteilung der Bereitschaftspolizei Lankwitz, Foto: Bernd Maas

ration angeliefert. Es war wieder ein Hanomag. Eine Besonderheit war der Allradantrieb, der bei allen Fahrzeugen des BGS und der Bereitschaftspolizei in die neu zu bearbeitende Baubeschreibung aufgenommen wurde. Entwickelt hatte ihn der BGS im Auftrage des Bundesinnenministeriums für besondere Einsätze (ASOD: Außergewöhnlicher Sicherheits- und Ordnungsdienst). Die speziellen Aufbauten wurden bei der Berliner Firma DWM (Deutsche Waggon- und Maschinenfabriken) hergestellt und auf

die Fahrgestelle montiert. Es zeigte sich, dass diese Fahrzeuggeneration unverwundlich war. Seine Stärke war der Einsatz im Gelände. Von den Baggerbergen in Schulzendorf bis zu den Höhen und Tiefen des Grunewalds hat sich dieser Grukw

bewährt. Bei den Einsätzen im GS-OD (Großer Sicherheits- und Ordnungsdienst) wurden aber die ersten Mängel sichtbar. So wurde bereits im Jahr 1973 bei der Lankwitzer Bereitschaftspolizeiabteilung der erste Grukw von Daimler-Benz mit einem geschlossenen Aufbau eingesetzt.



Ab Okt, 2020 wieder im Einsatz, Foto: Bernd Maas



Auf der Bühne, Foto: Bernd Maas

Der gesamte Bestand der Hanomag Gruk AL 28 wurde dann 1974 ausgesondert und verkauft.

Ein Gruk AL 28 wurde aber erst Ende der 1980er-Jahre im Bereich der damaligen Einsatzabteilung 4 ausgesondert, um anschließend seinen „Lebensabend“ bei der Polizeihistorischen Sammlung zu verbringen.

Nach der Entstehung der Außenstelle der PhS im Bereich der Dir 4 in Lankwitz wurde der Gruk

AL 28 gepflegt, um sich bei internen und externen Veranstaltungen der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Nach einigen Jahren zeigten sich aber die ersten Stand-schäden. In den ersten Monaten des vergangenen Jahres 2020 fand eine Bestandsaufnahme der Schäden statt, um kurzfristig mit der Reparatur zu beginnen. Ehrenamtliche Mitarbeiter begannen mit der Reparatur der wichtigsten

Aggregate im Bereich der Verkehrs- und Betriebssicherheit. Unser Förderkreismitglied Detlef „Ede“ Wolff, ein erfahrener ehemaliger Mot.-Mann des Verkehrsdienstes, über-



Instandsetzung der Bremsanlage, Foto: Bernd Maas

nahm mit unserem Oldtimer-Techniker Manfred „Manne“ Süß die Führung. Gerade die Instandsetzung im Bereich der Bremsanlage bereitete den Kameraden ein gewisses Kopferbrechen. Aber es wurde nicht aufgegeben. Im Oktober 2020 haben sich alle Beteiligten gegenseitig auf die Schulter geklopft, „es war geschafft“. Ein einsatzbereiter Gruk w steht jetzt in der Halle und wartet, dass er anlässlich unserer Mitgliederversammlung am 14. Juli 2021 bestaunt werden kann.



Oldtimer-Techniker Manfred Süß, Foto: Bernd Maas

Noch in diesem Jahr ist, wenn die Corona-Pandemie es zulässt, eine

Testfahrt im Bereich der Bundeswehr auf dem dortigen Truppenübungsplatz in Storkow vorgesehen. Nach der Testphase wird erneut ein Bericht im „Historiker“ erscheinen.

Bernd Maaß

Leserbriefe:

Liebes Redaktionsteam,

vielen Dank für die wunderbaren Berichte in der Zeitschrift „Berliner Polizeihistoriker“ und für die unglaubliche Arbeit, die in jedem Heft steckt. Mit großem Interesse habe ich den Artikel „75 Jahre Polizei-

schule Berlin“ gelesen, zumal ich als Dienstanfänger am 1. Oktober 1972 eine nicht unerhebliche Zeit in den historischen Gebäuden der Bildungseinrichtung zugebracht habe. In dem sehr gut recherchierten Artikel vom Kollegen Hartmut Moldenhauer vermisse ich in der Zeit-

passage im Jahr 1974 ein kleines Detail.

Am 1. April wurde nämlich in einem Festakt im Kinosaal Polizeigeschichte geschrieben. Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich 3, begann an diesem Tag die Ausbildung für den gehobenen Dienst der Schutz- und Kriminalpolizei. Unser sechssemestriger Studiengang war übrigens der Einzige, der am 1. April 1974 in Spandau begann und am 31. März 1977 auch dort endete. Spätere Stu-

Fast 100 %ig gefallen!

Die letzte Ausgabe des Polizeihistorikers, die Weihnachtsausgabe 2020, hat mir wirklich gut gefallen. Es fängt schon mit dem Vorwort unseres Vorsitzenden an, in dem er die verstorbene Ehefrau eines Vereinsmitgliedes würdig. Und wie er auf das „junge Glück“ unseres „Dinos“ Viehoefer eingeht. Das gefiel mir sehr. Bedeutet es doch, dass die jeweiligen Familien dazu gehören. Und nun einige Bemerkungen zu den weiteren Artikeln.

Den Flughafen Berlin-Schönefeld kannte man ja schon aus DDR-Zei-

diengänge fingen noch in Spandau an, zogen dann aber in Räumlichkeiten des sogenannten Ku´damm Karree um. Mit mir studierten in diesen drei Jahren u.a. die Kollegen Michael Krömer und Michael Kreckel, die späteren Direktionsleiter. Vielleicht können sie diesen kleinen geschichtlichen Zusatz noch im nächsten Heft erwähnen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Ulrich Hauck,

DPPr a.D, ehemaliger Leiter der
Direktion 2

ten. Das aber dort eine größere Polizeieinrichtung bestand, nämlich das Betriebsschutzamt Berlin-Schönefeld, das der damaligen Volkspolizei unterstand, wusste bisher auch nicht jeder. Auch der Artikel über 75 Jahre Polizeischule wird so manchen erfreut haben, weil doch fast alle Angehörigen der Berliner Polizei dort die ersten Informationen über diese große Einrichtung erhielten und sich natürlich für ihren Beruf qualifizieren mussten. Schön ist es auch, dass es einer Kriminalbeamtin, nämlich der KHK´in Novakovic, vorbehalten war, einen so gelungenen Bericht und die ent-

sprechenden Filme dazu über die Vereinigung beider Polizeien in Berlin zu erarbeiten und vorzustellen. Schließlich war es schon ein besonderes Ereignis, zu erfahren, wie der Name eines inzwischen älteren Künstlers gesucht und gefunden wurde, damit der heute 91-jährige sein „Jugendwerk“ in der Polizeihistorischen Sammlung wiedersehen konnte. Der Höhepunkt des letzten Historikers war für mich die „polizeihistorische Erkenntnis“ das es bei der Volkspolizei einen Erlass gab, der das Tanzen in Uniform regelte. Darin ist von „Urwaldtänzen“ die Rede – gemeint sind die Modetänze der Jugend. Dann kommt die Festlegung, dass das Verbot, nämlich diese Tänze auszuführen, ak-

tenkundig bekanntzugeben und monatlich darauf hinzuweisen ist. Worum sich doch deutsche Behörden so kümmern!

Loben möchte ich noch die Rückseite des Historikers mit dem schmutzigen Polizisten in historischer Uniform. Für das Titelbild hätte ich mir ein Foto mit Polizeibezug gewünscht. Aber es ist wie immer: Auch zu Weihnachten lassen sich nicht alle Wünsche erfüllen! Zum Schluss das Wichtigste: Hoffentlich hat der Aufruf zur Sonntagsöffnung der Polizeihistorischen Sammlung eine größere Resonanz. Ich habe mich schon gemeldet.

Gerhard Simke

Ein Foto erzählt Geschichte

Das Foto, auf dem ich als junger Polizeihauptwachtmeister, vor dem Brandenburger Tor stehend, zu sehen bin, hatte ich im Januar 2021 der Stiftung Berliner Mauer angeboten. Die Stiftung hatte nicht nur Interesse an dem Foto, sondern auch daran, wann und warum es entstanden war und ob ich als Zeitzeuge für Geschehnisse an der Berliner Mauer zur Verfügung stehen würde.

Plötzlich war es nicht mehr nur ein Foto, sondern es forderte meine Erinnerungen und meine Vergewisserung über meine Erlebnisse und Erfahrungen heraus. Es ließen sich drei Geschichten erzählen. Eine über mich als Person und jungen Polizeibeamten. Eine über die Teilung unseres Landes als Folge des Zweiten Weltkriegs und eine über den Bau der Berliner Mauer ab dem

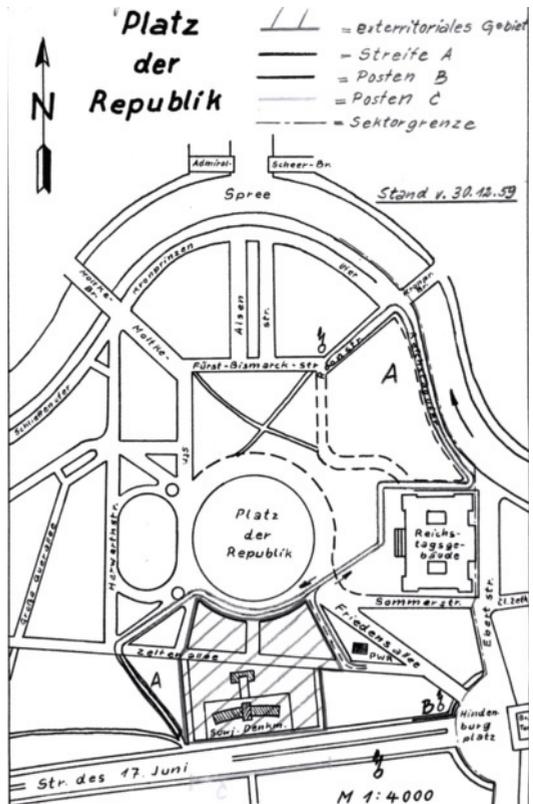


Hartmut Pech am Brandenburger Tor, Foto: PhS

13. August 1961 und die Folgen. Das am 6. Juni 1968 von einem Polizeifotografen aufgenommene Foto belegt meinen Dienst auf dem nahe des Brandenburger Tores gelegenen Stützpunkt B 12. Das Foto sollte die während des Dienstes an der Demarkationslinie zu tragenden Ausrüstungsgegenstände zeigen.

Interessant die Ausführungen zum Dienstanzug in der DV für die Polizeiwache am Reichstag vom 26. August 1958: „Auf einen einheitlichen und gepflegten Dienstanzug ist großer Wert zu legen. Jede Gelegenheit zur Überprüfung des Dienstanzuges ist auszunutzen. Das trifft besonders beim Abmelden der Streifen und Posten zu.“

Im Internet stieß ich auf einen Bericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zur Lage nach dem Bau der Berliner Mauer, in denen Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit für den Zeitraum



Straßenverlauf, Schema: PhS

vom 4. bis 7. September 1961 zusammgeführt worden waren. Er enthielt neben vielen anderen Informationen folgendes:

„Der bereits gemeldete britische Beobachtungsposten auf dem Reichstagsgebäude wird noch immer täglich besetzt. Von diesem Posten führt eine Telefonleitung zu einem Zelt in der Nähe des Reichstagsgebäudes. Es wird angenommen, dass hier eine britische Führungsstelle untergebracht ist. Offiziell wurde bekannt, dass britische Truppen damit begonnen haben, in der Nähe des Reichstages, des Brandenburger Tores und des sowjetischen Ehrenmals winterfeste Unterkünfte zu errichten.“

1968/69 habe ich während es Dienstes am Stützpunkt B 12 häufig diesen Beobachtungsposten besetzen müssen. Es war stets ein langer Weg, bis man innerhalb des Reichstagsgebäudes zum Süd-Östlichen Turm gelangte. In dem aus meiner Erinnerung mindestens zehn Meter hohen Raum des Turms befand sich eine fest am Mauerwerk angebrachte Leiter, über die man, nachdem eine Luke geöffnet wurde, auf den Turm gelangte. Auf der Turmober-

fläche stand ein Postenhäuschen. In einem Reparaturauftrag der Polizeiinspektion Tiergarten vom 17. September 1968 ist vermerkt, dass der Posten 2 (Reichstagsturm) Schäden aufweist, da die Windschutzverkleidung (Dachpappe) an der Ostseite der Unterkunft abgerissen ist. Ich erinnere mich, dass der Aufenthalt auf dem Turm bei Wind und Regen sehr ungemütlich war.

Neben der Besetzung des Reichstagsturms hatten die britischen Truppen nach dem 13. August 1961 zunächst das russische Ehrenmal mit Stacheldrahtverhau gesichert und gegenüber der Einfahrt zum Ehrenmal eine Wachbaracke für die Royal Military Police (RMP) errichtet.

In meiner Erinnerung hatte sich festgesetzt, dass die Briten Mitte der 1960er Jahre die Aufgabe der Bewachung des sowjetischen Ehrenmals und des Postens auf dem Reichstag an die Polizei übertragen hatten. Aus den Aktenbeständen der PhS konnte ich aber entnehmen, dass es schon 1954, vermutlich aber schon früher, eine Polizeiwache am Reichstag und am Potsdamer Platz gegeben hat. Zu den Aufgaben der Polizeiwache am Reichstag gehörte auch die Bewachung des sowjetischen Ehrenmals.

Die Dienstanweisung für die Polizeiwache am Reichstag vom 26. August 1958 und ein Posten- und Streifenplan vom 30. Dezember 1959 geben hierüber Auskunft:

Beispielsweise:

- Verhindern von Menschenraub durch Überwachung bzw. Sperrung der in den Sowjetsektor führenden Straßen.
- Verhindern von Schrott-, Buntmetall- und sonstigen Diebstählen im Bereich des Reichstagsgebäudes.
- Verhindern des Beklebens und Beschmierens des Reichstagsgebäudes sowie des Verteilens von illegalem Propagandamaterial.
- Grundsätzliches Unterbinden von Filmaufnahmen im Sicherheitsraum längst der Sektorengrenze.
- Freihalten des Parkverbotsraumes Straße des 17. Juni vor Hindenburgplatz.

Hinweis über die Namensänderungen: Ab dem 18. Jahrhundert bis 1934 trug der Platz vor dem Tor den Namen „Platz vor dem Brandenburger Tor“, ab 1934 den Namen „Hindenburg Platz“, 1958 nannte Ost-Berlin den Platz in „Platz vor dem Brandenburger Tor“ um, auf West-Berliner Seite verblieb es bei

dem Namen „Hindenburgplatz“ bis 1990. Am 15. Juni 2000 erhielt der Platz vor dem Brandenburger Tor den Namen „Platz des 18. März“. Es wird damit an die Märzrevolution 1848 und an die erste freie Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 erinnert.

Zum Zustand aller Stützpunktbaracken ist in einem Artikel der Zeitung „Welt am Sonntag“ vom 8. Dezember 1963 unter der Überschrift „Grenzbaracken sind nur ein Provisorium“ folgendes zu lesen.

„Nur noch diesen Winter werden die Baracken der Westberliner Polizei an der Sektoren- und Zonengrenze überstehen. Dann sind sie endgültig abbruchreif. Seit zehn Jahren wurden diese Unterkünfte ständig nur ausgebessert. Im kommenden Frühling jedoch müssen an zwanzig Stellen neue Bauten aufgestellt werden.“

Ein Vermerk vom 28. Oktober 1964 bestätigt den zuvor beschriebenen Zustand. 22 neue Stützpunktbaracken wurden geplant. Wobei zunächst nur 21 solcher Baracken erstellt werden sollten. Die Erneuerung der Stützpunktbaracke B 12,

nahe des Brandenburger Tores, wurde verschoben, da nicht nur die Baracke des Wachleiters (WL), sondern auch die Mannschaftsbaracke erneuerungsbedürftig war. Für den Neubau des Stützpunkts B 12 hatte es in den Jahren 1965, 1972 und 1973 Baupläne und Zeichnungen gegeben.



Die ehemalige Stützpunktbaracke, Foto: PhS

Wie sah mein Alltag auf dem Stützpunkt B 12 als Beamter des Posten- und Streifendienstes aus? Die unmittelbare Nähe des sowjetischen Ehrenmals brachte es mit sich, dass wir während unserer Streife, entlang der Umzäunung des Ehrenmals, vereinzelt kurze Kontakte mit russischen Soldaten hatten. Wegen der Sprachprobleme bestand der Kontakt mehr aus Gesten und hin und wieder dem Tausch von Zigaretten gegen Abzeichen.

Beim Postendienst am Hindenburgplatz, heute Platz des 18. März, und

beim Postendienst gegenüber dem sowjetischen Ehrenmal in der Straße des 17. Juni, ergab es sich aus den Situationen heraus, dass wir, obwohl nicht erwünscht, Gespräche mit Passanten führten.

An der Kronprinzenbrücke stand ein Postenhäuschen, das wir bei schlechtem Wetter benutzen durften. Im strengen Winter 1969/70 hatte während eines Dienstes der Kollege, den ich dort ablöste, ein kleines offenes Feuer neben dem Postenhäuschen angezündet. Ich übernahm es, freute mich in der menschenleeren Gegend an dem Feuer und übersah den herankommenden Inspektionsleiter, der seinen Kontrollgang durchführte.

Mein heftiges Erschrecken und mein schuldbewusster Blick muss den Inspektionsleiter milde gestimmt haben. Außer der Anweisung, das Feuer zu löschen, blieb der Vorgang folgenlos.

Ich habe noch in den alten Baracken Dienst versehen, kann mich jedoch nicht mehr konkret an die Zustände erinnern. Die Übergabe der neuen Stützpunktbaracke, die alle Funktionen in einem Bauteil vereinte, erfolgte laut Übergabeprotokoll im Februar 1976. Schon 1969 begannen Planungen, den Kräfteinsatz für den Dienst an der Demarkationslinie zu reduzieren.

Probeweise wurde im April 1970 begonnen, erste Stützpunkte zu schließen. Im Erfahrungsbericht über die Schließungen vom 27. November 1970 wurde festgestellt, dass die Schließungen sich durchaus als zweckmäßig erwiesen hätten.

„Durch die fortschreitende ‚Beruhigung‘ an der Demarkationslinie ist das Abziehen der Stützpunktbesatzungen von der Bevölkerung kaum bemerkt worden und hat bisher zu keinen Beschwerden geführt. Durch die Fustw- und Rad-

streifenkontrollen könne die Überwachung der DL ausreichend gesichert werden.“

Im Juli 1975 endete der Dienst der Schutzpolizisten am Stützpunkt. Ab dem 1. August 1975 diente der Stützpunkt als Unterkunft für die Wachpolizei. Sie versah von dort aus ihren Dienst im Objektschutz am sowjetischen Ehrenmal. Da war ich, infolge der großen Polizeireform 1974, bereits Angehöriger des Polizeinotrufes und versah meinen Dienst in der Fubz (Funkbetriebszentrale), im Haus 1 in der Friesenstraße 16.

Heute deutet in der Zeltenallee nichts mehr auf den ehemaligen Standort der Stützpunktbaracken hin. Mit einem Blick auf das Foto der Stützpunktbaracke, im Hintergrund ist das Reichstagsgebäude zu sehen. Auf Bauskizzen und Stadtplänen vor 1990 lässt sich der Standort allerdings noch heute bestimmen..

Hartmut Pech

Mein Name ist Christian Bogdan, ich freue mich dem Förderkreis der polizeihistorischen Sammlung beigetreten zu sein. Von jeher hat mich die Sammlung der Polizei fasziniert. Meine Besuche der fabelhaften Ausstellung haben mich letztendlich dazu bewogen, dem Verein beizutreten. Meine besonderen Interessengebiete sind die Anfänge der Mordkommission und der Ermittlungsarbeit unter Ernst Gennat, sowie die Bewaffnung und Ausrüstung der Polizei im Wandel der Zeit.



Ich freue mich auf viele interessante Gespräche und Treffen.

Nur zur Erinnerung:

Berliner Polizei seit 40 Jahren online!

Heutzutage ist die Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden via Internet selbstverständlich - vor 40 Jahren noch ein Novum. Doch am 4. März 1981 gab PPr Klaus Hübner den Startschuss für die Beteiligung der Berliner Polizei am damals bahnbrechendem Informations- und Kommunikationssystem-Angebot Bildschirmtext (Btx).

Als einzige nachgeordnete Berliner Behörde durfte die Polizei eigenständig den Inhalt der Btx-Seiten gestalten und im Rahmen des vom Senat koordinierten Programms „Bildschirmtext als Bürgerservice“ anbieten.



Quellenangabe;

Viehoefer, Horst:

„Mit *551# kommt die Polizei ins Bild“; POLIZEISCHAU 3/81
Btx -Erste Erfahrungen mit dem neuen Medium“; POLIZEISCHAU 4/82

„Neue Wege der Kommunikation“; Polizeihistoriker Nr. 30
Thomas Frey

„Das Internet der80er-Jahre“; Berliner Woche 29/20

vhf

Gewinnen Sie dieses Buch!

Wie kennen Sie sich aus?

Im vorigen Heft berichteten wir über 75 Jahre Polizeischule Berlin.

Frage:

Wann begann nach 1945 der 1. Lehrgang an der Polizeischule Berlin?

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir das Buch:

Ryan David Jahn:
Der letzte Morgen, Thriller

Einsendeschluß: **2. August 2021**

Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Förderkreises mit Ausnahme der Teilnehmer der Vorstandsrunde.

Auflösung:

In der Ausgabe Nr. 71 wollten wir von Ihnen wissen:

Wann übernahm der 1990 amtierende Polizeipräsident die Polizeihochschule über ganz Berlin?

Die richtige Antwort war: Am 1. Oktober 1990, 13:00 Uhr.

Der Gewinner des Buches „Der Platz“ ist: **Peter Wietzke**.

Herzlichen Glückwunsch an den Gewinner.

Wenn Sie die richtige Antwort kennen, schicken Sie bitte Ihre Antwort an:

Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.

Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin oder

als E-Mail an: FoerdkreisPHS@polizei.berlin.de

oder als Fax an: (030) 46 64-76 14 98





Endlich Erleichterungen, zeitweise musste sogar der Hauptmann von Köpenick einen Mundschutz tragen!

Impressum: Herausgeber: Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V., Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin-Tempelhof; Telefon (030) 46 64 761 450; verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes René Behrendt · Redaktionsteam Dr. Jens Dobler, Dr. Bärbel Fest, Hans-Jürgen Gräfe, Wolfram Kempe · Grafische Gestaltung Wolfram Kempe

»Der Berliner Polizeihistoriker« ist das offizielle Organ des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.; Eigendruck im Selbstverlag. Erscheinungsweise mehrmals im Jahr. Beiträge, die mit Namen versehen sind, müssen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten. ISSN 1619-8336

Der Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V. lebt von der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit seiner Mitglieder sowie von Spenden und Zuwendungen. Bankverbindung für Beiträge und Spenden: Berliner Sparkasse, IBAN: DE43 1005 0000 0190 8946 01